



Bezahli
Karte

5280 0012 3456 7891

12/30

TD 123 456 789



Bezahl
Karte

5280 0012 3456 7891

12/30

ID 123 456 789

Schlechte Karten für alle

Mit seiner besonders restriktiven Umsetzung der Bezahlkarte schafft Bayern ein staatliches Kontrollinstrument, das Geflüchtete im Alltag einschränkt und diskriminiert. Es ist ein weiterer Schritt einer Asylpolitik, die Asylsuchende systematisch ihrer Selbstbestimmung und Freiheit beraubt und rassistische Stereotype bedient. Von Franziska Schmid

Das Entscheidende an der Menschenwürde ist ja: Sie gilt für alle gleichermaßen. Theoretisch. Praktisch aber dann doch nicht ganz. Mit der Bezahlkarte wird wieder einmal deutlich: In Deutschland sind wohl einige weniger würdig als andere. Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 2012 urteilte „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, macht die Regierung einmal wieder genau das: Mit der Bezahlkarte wird eine weitere diskriminierende Einschränkung von Sozialleistungen eingeführt, um das Leben von Asylsuchenden so unbequem wie möglich zu machen. Ob das mit dem Grundgesetz und den Ansichten des höchsten deutschen Gerichts zusammenpasst? – Egal, Hauptsache Abschreckung.

Sozialleistungen und AsylbLG

Um welches Geld geht es hier eigentlich? Mit dem Sozialgesetzbuch (SGB) ist in Deutschland geregelt, dass allen Personen die Führung eines Lebens zu ermöglichen ist, das „der Würde des Menschen entspricht“, also direkt angelehnt an den §1 des Grundgesetzes. Asylsuchende und Menschen mit abgelehntem Asylgesuch fallen allerdings nicht unter

das SGB. 1993 wurde mit dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein Sondergesetz für Asylsuchende geschaffen, deren Leistungen dadurch weit unter dem SGB-Niveau liegen. Bei der höchsten Bedarfsstufe gibt es nach dem AsylbLG im Jahr 2024 höchstens 460 Euro im Monat. Wer aber beispielsweise in einem ANKER-Zentrum untergebracht ist, erhält von diesem Betrag einen Teil nur als Sachleistung, wie zum Beispiel den Bedarf für Essen und Hygieneartikel. Oft bleiben so am Ende Beträge von weniger als 150 Euro übrig, die Menschen monatlich zur Verfügung stehen. Auch der Zugang zum Gesundheitssystem ist durch das AsylbLG eingeschränkt, sowie die Arbeitspflicht mit einem „Lohn“ von 80ct/h darin geregelt. Die Kampagne „AsylbLG abschaffen!“ kämpft für ein endgültiges Ende dieses diskriminierenden Gesetzes (asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de).

Bayern braucht auch hier wieder einmal einen Sonderweg.

Doch was genau ist die Bezahlkarte? Bisher wurden AsylbLG-Leistungen – wenn es sich nicht um Gutscheine oder Sachleistungen handelte – in bar ausgegeben. Das soll sich nun ändern und digital

geschehen. Gute Idee, könnte man meinen, wäre da nicht die Ausführung. Grundsätzlich handelt es sich bei der Bezahlkarte um eine Debitkarte auf Guthaben-Basis, die allerdings nicht mit einem Girokonto, dafür aber mit vielen Einschränkungen verknüpft ist. Obwohl auf dem Bund-Länder Gipfel im November 2023 eine bundesweit einheitliche Lösung vereinbart wurde, wird die Bezahlkarte aber je nach Standort unterschiedlich ausgestaltet sein. Denn – wie sollte es anders sein – Bayern braucht auch hier wieder einmal einen Sonderweg.

Seit März 2024 gibt es bereits die ersten Pilotprojekte: In Straubing, Traunstein, Günzburg und Fürstenfeldbruck wird die Karte getestet, im Sommer soll sie dann bayernweit eingeführt werden. Und Söder macht klar, dass Bayerns Sonderweg vor allem besonders menschenverachtend ist: „Uns ist es wichtig, dass wir das verfügbare Bargeld, das es noch gibt, geringer ansetzen als in anderen Bundesländern.“ Ein Unterbietungswettbewerb also, wer es mit Diskriminierung und Entrechtung am weitesten treiben kann.

Barabhebungen sind demnach in Bayern nur noch bis zu 50 Euro pro Monat möglich, außerdem soll die Kartenfunktion räumlich nach PLZ-Gebieten beschränkt sein, je nachdem, wo man untergebracht ist. Auch einzelne Branchen und gesamte Läden sollen ausgeschlossen werden können. Transaktionen sollen im Inland nur bedingt, ins Ausland gar nicht möglich sein. Überweisen kann man nur an Firmen, die von den Behörden auf einer sogenannten „White List“ vermerkt werden. Dabei erhalten die Kommunen laut dem Anbieter der Bezahlkarte PayCenter die volle Kontrolle: „Jede Bezahlkarte kann individuell eingestellt werden, um ein optimales Bezahlnetz für die Leistungsempfänger zu schaffen. Die jeweilige Kommune entscheidet dabei, welche Beschränkungen pro Karte gelten sollen.“ Daneben listet der Anbieter aber noch weitere „Vorteile“ seiner Bezahlkarte auf:

- Dauerhafte oder zeitbegrenzte Sperrung sowie Kündigung der Karte jederzeit möglich
- Guthabenstand kann jederzeit von der Kommune eingesehen werden
- Rückbuchung von nicht benötigten Geldern möglich

Für Geflüchtete bedeutet das im alltäglichen Leben: noch mehr Diskriminierung und Ausgrenzung, noch weniger Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, noch mehr Kontrolle durch Ämter.



Wer versucht, sparsam zu leben und beispielsweise Kleidung oder Möbel gebraucht auf dem Flohmarkt kaufen möchte, hat in Zukunft Pech gehabt. Ob ein Snack am Imbisswagen, Einkäufe in der Drogerie mit kaputtem Kartenlesegerät oder ein Taschengeld für den Schulausflug: Es gibt unzählige Szenarien, in denen die Karte einschränkt und ausschließt. Aber auch viel fundamentalere Fragen bleiben: Wie soll sichergestellt werden, dass man seine Anwälte bezahlen kann? Muss für jede neue Anwältin, die ein Mandat übernimmt, extra ein Antrag zur Aufnahme in die White-List gestellt werden? Wie ist es mit Mobilfunkverträgen? Wie viele Anträge muss man stellen, um in einer anderen Stadt einkaufen zu können, falls man beispielsweise Verwandte oder einen Facharzt besucht? Und: wer soll all diese Anträge bearbeiten?



Sich unbeschwert durchs Leben bewegen und zumindest mit dem wenigen Geld, das man erhält, kaufen können, was man im Alltag benötigt – wie jeder andere Mensch in Deutschland auch? Fehlanzeige.

Ein autoritärer Traum von Überwachung und Kontrolle, in dem Geflüchtete ihrer Persönlichkeits- und Freiheitsrechte beraubt werden.

Und ganz nebenbei wird durch die Einführung ein weitreichendes Kontroll- und Überwachungssystem erschaffen: Die Behörden können jederzeit den Guthabenstand einsehen, sowie die Karte sperren, wenn sie ein Fehlverhalten der jeweiligen Person vermuten. Mit den Ortsbeschränkungen kann gleichzeitig gelenkt werden, wo man sich bewegt. Und mit der Einschränkung von bestimmten Branchen und Produkten setzen Staat und Kommunen obendrein so selbstverständlich Erziehungsmaßnahmen ein, als handelte es sich bei Geflüchteten um unmündige Kinder.

Dass die Behörden einen so umfassenden Einblick und Einfluss in die Finanzen und damit auch in die Kaufgewohnheiten und Bewegungsmuster von Menschen erlangen, ist eine mehr als besorgniserregende Entwicklung: Ein autoritärer Traum von Überwachung und Kontrolle, in dem Geflüchtete ihrer Persönlichkeits- und Freiheitsrechte beraubt werden.

Offiziell erhofft sich die Politik durch die neue Zahlungsmethode neben einem geringeren Verwaltungsaufwand eine Verringerung von vermeintlichen finanziellen Anreizen nach Deutschland zu flüchten. Außerdem solle verhindert werden, dass Geld ins Ausland, vor allem an Schlepper, überwiesen würde.

Das zumindest wird nach außen hin kommuniziert, dennoch ist klar: Das Märchen der sogenannten „Pull-Faktoren“ ist wissenschaftlich nicht belegt, selbst die Studie „Warum Deutschland“ des BAMF kommt zu dem Schluss, dass es nicht etwa finanzielle Anreize sind, die für Menschen ausschlaggebend sind, wohin sie fliehen. Viel wichtiger sind dabei andere Aspekte: Wo besteht bereits ein soziales Netzwerk aus Familie oder Bekannten, wo wird das persönliche Sicherheitsbedürfnis am ehesten gedeckt, aber auch zufällige Faktoren, die sich auf dem Fluchtweg ergeben.

Auch das Argument, dass Schlepper im Ausland so nicht mehr bezahlt würden, ist wenig überzeugend: Schlepper werden vor der Flucht bezahlt, nicht etwa danach, wenn Menschen bereits in Deutschland angekommen sind.

Dennoch wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass Geflüchtete massenweise Steuergelder an Schlepperbanden im Ausland pumpen würden, ohne auch nur einen Beweis dafür zu nennen.

Das ist auch gar nicht möglich, denn es werden keine gesonderten Daten über Zahlungen in die Heimatländer von Geflüchteten erhoben. Es gibt lediglich Schätzungen der Bundesbank, wie viel Geld alle Migrant*innen zusammen, also alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, jährlich rücküberweisen: im Jahr 2023 lagen diese bei 6,8 Milliarden Euro. Ganze 75%, also 5,1 Milliarden dieses Betrags gingen dabei in EU-Länder. Bei den restlichen 25% geht man davon aus, dass der Großteil nicht etwa von Geflüchteten im Asylverfahren stammt, die monatlich nur minimale Leistungen bekommen. Vielmehr sind es Menschen mit Aufenthaltsstatus, die arbeiten und Teile ihres eigenen Lohns zur Unterstützung an ihre

Schulbedarf & Mehr
 Mustergasse 10
 80339 München

R e c h n u n g 0815
 09.09.2024
 Es bediente Sie Frau Hohlgruber
 10:30

Schultüte
 € 40.00
 Schultütenfüllung
 € 50.00
 Schulranzen
 € 200.00
 Mäppchen, Turnbeutel, Trinkflaschen,
 Brotdose € 40.00
 Erstausrüstung Schule
 € 100.00
 Haus- und Sportschuhe
 € 80.00

Endsumme/Rechnungsbetrag
 € 510.00

Vielen Dank für Ihren Einkauf

Umtausch original verpackter Waren ist
 ausgeschlossen

Familien oder Freunde schicken.

Apropos Geld in Herkunftsländer schicken: Man würde meinen, der Bundesregierung und Söder sei daran gelegen, zu verhindern, dass Geld an Schurken ins Ausland fließt. Sie selbst aber halten noch immer an Regelungen wie der Passpflicht von Syrer*innen fest. Diese müssen aufgrund dieses Gesetzes regelmäßig in der syrischen Botschaft ihre Ausweisdokumente für mehrere hundert Euro beantragen oder verlängern. Damit sind sie gezwungen, jährlich über 100 Millionen Euro direkt an das Assad-Regime zu überweisen. (Siehe Seite 86). Auch die libysche Küstenwache erhält Millionen an EU-Geldern, obwohl es unzählige Berichte von Menschenrechtsverletzungen, Folterlagern und Verbindungen zu Schleppern gibt. Dass die Regierung hier keinen Handlungsbedarf sieht, wohl aber, wenn Geflüchtete ihre eigene Familie im Herkunftsland finanziell unterstützen möchten, spricht Bände.

Niemand wird plötzlich Verfolgung, Folter und Perspektivlosigkeit in seinem Herkunftsland in Kauf nehmen, nur weil ein bayerischer Ministerpräsident die Einführung der Bezahlkarte verkündet.

All das wissen auch die Söders und Herrmanns hierzulande. Ihre Argumente sind nur eine vorgeschobene Rechtfertigung, vielmehr ist die Bezahlkarte eine populistische Maßnahme. Eine nach innen gerichtete Botschaft, die ganz unverhohlen auf Rassismus und Ausgrenzung setzt, um von den tatsächlichen Problemen abzulenken: Bei einer katastrophalen Sozial- und Gesundheitspolitik, einem außer Kontrolle geratenen Wohnungsmarkt und immer mehr armutsgefährdeten Menschen hat eine Bayerische Staatsregierung offensichtlich mehr Interesse daran, dass alle weiter nach unten treten und Geflüchtete für Lehrer*innenmangel, fehlende Kitaplätze und Wohnraum verantwortlich machen.

Gleichzeitig ist der Diskurs um die Einführung der Bezahlkarte ein weiterer zum Scheitern verurteilter Versuch der Union und Ampelregierung, der AfD das Wasser abzugraben.

Dass nun die Bezahlkarte als eine weitere Maßnahme in einer Abwärtsspirale der Entrechtung und Repression von Geflüchteten eingesetzt wird, ist einmal mehr Beweis dafür, wie sich ein rassistischer Diskurs in handfeste Politik übersetzt. Im wahrsten Sinne des Wortes wird hier materialisiert, was vorher von AfD und anderen Rechtsextremen manifestiert wurde. Und das, obwohl gerade die Erfolgswerte der

AfD deutlich zeigen, dass man rechte Kräfte keineswegs schwächt, indem man ihre menschenverachtenden Forderungen einfach selbst umsetzt. Das Gegenteil ist der Fall: Man stärkt sie.

Dabei ist die Bezahlkarte nicht die einzige Repressionsmaßnahme, die zuletzt in Stellung gebracht wurde. Sieht man die Bezahlkarte im Zusammenhang mit den weiteren Gesetzesverschärfungen der letzten Wochen und Monate, wie zum Beispiel die Ausweitung der Bezugsdauer von AsylLG-Leistungen auf 36 Monate und die erneute bundesweite Debatte um die Arbeitspflicht für 80ct/h, wird umso deutlicher, dass diese Maßnahmen Geflüchtete systematisch in eine sozial prekäre Lage versetzen. Diese wiederum reproduziert in der Gesellschaft das rassistische Bild der wahlweise bedürftigen, geldgierigen, faulen oder kriminellen Geflüchteten. Ein Teufelskreis aus Stigmatisierung und darauf begründeter Gesetzgebung, welche zudem die Eingliederung von Geflüchteten als billige Arbeitskräfte in die deutsche Wirtschaft begünstigt. Wer es gewohnt ist, von weniger als 460 Euro im Monat leben zu müssen, wessen Finanzen staatlich überwacht werden und wer gezwungen wird, für 80ct die Stunde zu arbeiten, wird sich am Ende natürlich mit niedrigeren Arbeits- und Lebensbedingungen zufriedengeben.

Und zuletzt, ganz nebenbei bemerkt: Diese autoritären Maßnahmen treffen Geflüchtete ungleich härter als deutsche Staatsbürger*innen. Doch bei Geflüchteten hört es nicht auf: Repressive Gesetzgebung wie die Bezahlkarte entwickelt schnell eine Strahlkraft. Bereits jetzt gibt es Überlegungen, das Bezahlkartensystem auf weitere Personengruppen zu übertragen. CDU-Bundestagabgeordneter Mörseburg beispielsweise hält es für eine gute Idee, auch Bürgergeldempfänger*innen mit der Karte zu gängeln. Deutsche Leitkultur also: Menschenwürde gibt's nur gegen Verwertungs- und Leistungslogik. Schöne Aussichten für alle. ☹

Frontex – European Border and
Coast Guard Agency
Plac Europejski 6
00-844 Warsaw
Poland

R e c h n u n g 5789 31.03.2024
ausser Haus
18:45

1 EU-Grenzschutz, Budget 2015	€ 142.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2016	€ 254.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2017	€ 302.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2018	€ 320.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2019	€ 333.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2020	€ 364.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2021	€ 535.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2022	€ 754.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2023	€ 829.000.000
1 EU-Grenzschutz, Budget 2024	€ 922.000.000

Endsumme/Rechnungsbetrag
€ 4.755.000.000

Vielen Dank für Ihren Einkauf.

*

Rücksendung von Flüchtenden nicht ausgeschlossen.
Beschwerden zur Lieferung der Ware werden nicht beachtet.



*Franziska Schmid
arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat und
fragt sich häufig,
was Markus Söder
eigentlich so
einkauft und ob
ihm das guttut.*

Western Union
Globalgasse 001
Mondial
TERRA

R e c h n u n g

Geldtransfer 500 EUR nach AFN

29.04.2024

online 18:36

Überweisungsbetrag: € 500
Überweisungseingang: AFN 36.871
Western Union/Wechselkurs:
€1 = AFN 73,74
Offizieller Wechselkurs:
€1 = AFN 76,62

Differenzbetrag: € 18,97

Zu zahlender Betrag. € 500,00

Vielen Dank für Ihre Überweisung.

Auftragsbeginn: 2024-04-29T 18:27:47
Abschluss: 2024-04-29T
18:36:21

Transaktionsnummer: 108827